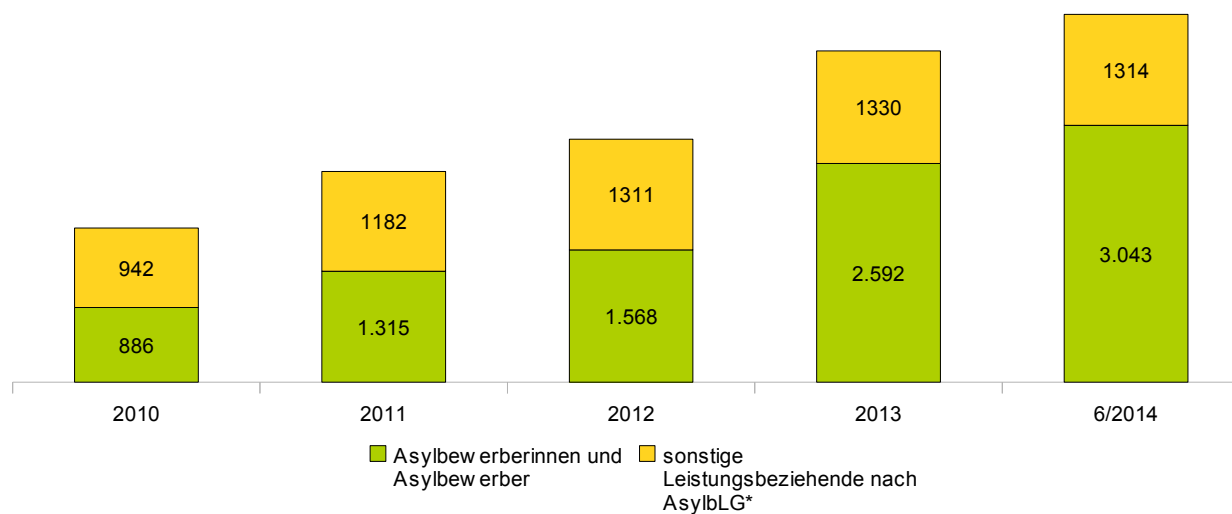




Controllingbericht – Sozialreferat Berichtszeitraum: Januar bis Juni 2014

Entwicklung der Flüchtlingssituation



* Personen mit Duldungen und Aufenthaltserlaubnissen

Inhalte

Seite

Grunddaten und Spitzenkennzahlen

1

Produktcontrolling zu 15 Produkten

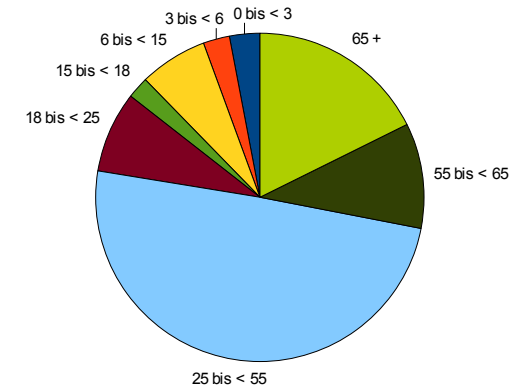
4

Glossar / Legende

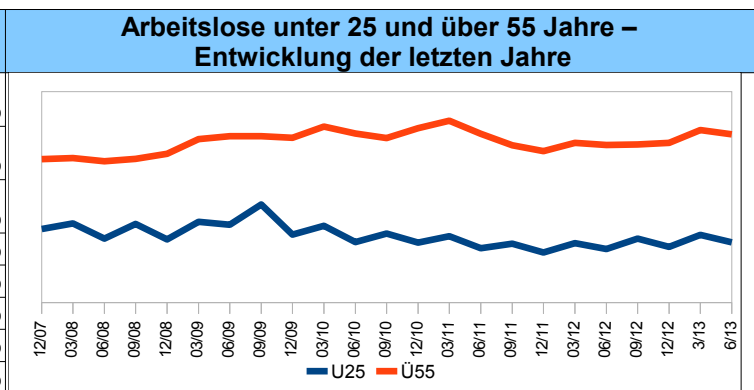
22

Grunddaten und Spitzenkennzahlen

Demografie	IST Vorjahr zum 30.06.2013	Ist zum 30.06.2014	Veränderung	Anteil an der Grund- gesamtheit
Einwohner/-innen (Hauptwohnsitz)	1.449.703	1.475.569	1,8%	100%
> davon 0 bis unter 3-Jährige	42.283	43.847	3,7%	3%
> davon 3 bis unter 6-Jährige	38.305	38.383	0,2%	3%
> davon 6 bis unter 15-Jährige	96.808	99.008	2,3%	7%
> davon 15 bis unter 18-Jährige	30.999	31.788	2,5%	2%
> davon 18 bis unter 25-Jährige	117.649	117.927	0,2%	8%
> davon 25 bis unter 55-Jährige	714.946	730.807	2,2%	50%
> davon 55 bis unter 65-Jährige	151.784	153.082	0,9%	10%
> davon 65jährige und ältere	256.929	260.727	1,5%	18%
Ausländerinnen/ Ausländer	361.177	381.320	5,6%	26%
mit Migrationshintergrund	566.835	594.493	4,9%	40%
Anzahl der Haushalte	786.049	802.411	2,1%	100%
> darunter Haushalte mit Kindern	130.939	133.911	2,3%	17%
> darunter Alleinerziehenden-Haushalte	28.381	29.027	2,3%	4%



Arbeitslosigkeit	IST Vorjahr zum 30.06.2013	Ist zum 30.06.2014	Veränderung
Arbeitslosenquote (bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen)	5,0%	5,1%	2,0%
Arbeitslosenquote der 15-25-Jährigen (bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen)	3,6%	3,4%	-5,6%
Arbeitslosenquote der 55- bis 64-Jährigen (bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen)	6,8%	6,8%	0,0%
Arbeitslose	38.755	40.339	4,1%
> davon nach SGB II	23.035	23.258	1,0%
> davon nach SGB III	15.720	17.080	8,7%
> davon unter 25-Jährige	2.589	2.568	-0,8%
> davon 55-Jährige und ältere	6.946	7.175	3,3%



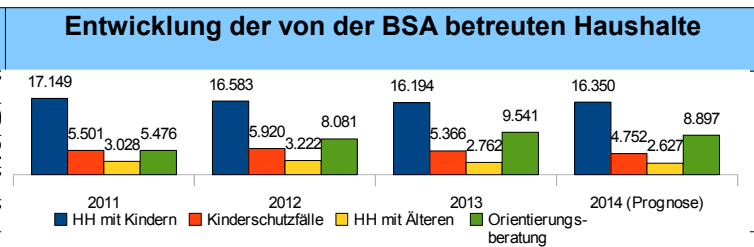
Sozialreferat – Gesamtsicht	IST Vorjahr zum 31.12.2013	Ist zum 30.06.2014	Prognose	Erläuterung
Erlöse (Summe aller Produkte)	308.781.606 €	163.067.530 €	334.565.172 €	
Kosten (Summe aller Produkte)	1.214.967.084 €	609.988.980 €	1.266.093.396 €	v.a. Fallzahlsteigerungen in der Wohnungslosigkeit
> darunter Personalkosten (lt. POR)	153.945.506 €	n.v.	n.v.	
Personalkostenquote	12,7%	n.v.	n.v.	
Ergebnis (Erlöse minus Kosten)	-906.185.478 €	-446.921.450 €	-931.528.224 €	
Beschäftigtenzahl in VZÄ (mit Jobcenter)	3.071	3.095	n.v.	

Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGBII)	IST Vorjahr zum 31.12.2013	Ist zum 30.06.2014	Prognose	Erläuterung
Leistungsbeziehende	73.063	75.279	74.500	
> darunter unter 15-Jährige	20.996	22.305	21.500	
Bedarfsgemeinschaften (Fallzahl)	39.881	40.931	40.500	
Transferkosten	241.960.193 €	121.242.633 €	248.473.611 €	
Transfererlöse	65.058.472 €	33.063.171 €	58.040.174 €	Rückgang der Bundeserstattung KdU
Ergebnis (Erlöse minus Kosten)	-176.901.721 €	-88.179.462 €	-190.433.437 €	

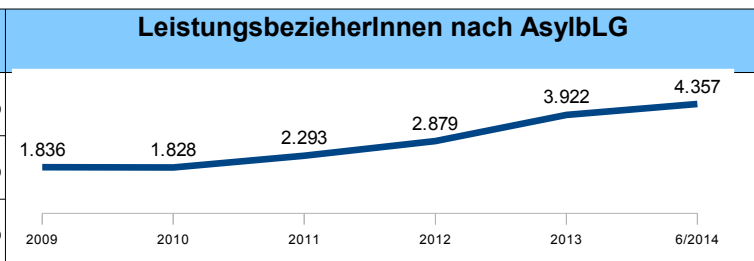
Sozialhilfe (SGBXII)	IST Vorjahr zum 31.12.2013	Ist zum 30.06.2014	Prognose	Erläuterung
Leistungsbeziehende	20.686	20.888	19.470	
> darunter Grundsicherung im Alter	13.246	13.508	13.774	
> darunter Hilfe zur Pflege	2.004	1.873	2.074	
> darunter Hilfen zur Gesundheit	2.039	2.030	2.030	
Transferkosten	229.008.296 €	114.374.390 €	233.331.084 €	
Transfererlöse	102.975.697 €	66.485.167 €	126.922.368 €	Anstieg der Bundeserstattung
Ergebnis (Erlöse minus Kosten)	-126.032.599 €	-47.889.223 €	-106.408.716 €	

Gesetzliche Leistungen der Jugendhilfe (SGB VIII)	IST Vorjahr zum 31.12.2013	Ist zum 30.06.2014	Prognose	Erläuterung
Transferkosten	243.355.576 €	106.183.110 €	246.120.000 €	

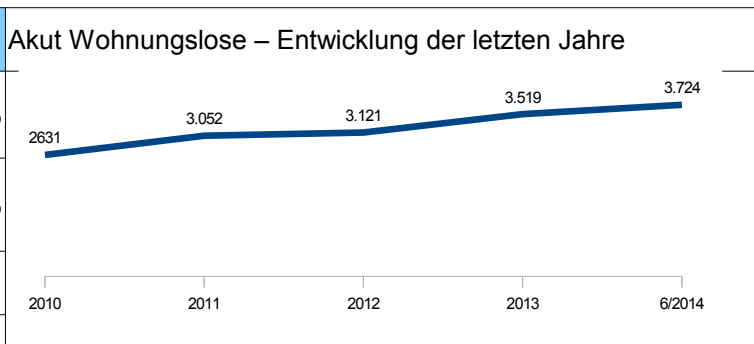
Bezirkssozialarbeit	IST Vorjahr zum 31.12.2013	Ist zum 30.06.2014	Prognose
Von der BSA betreute Haushalte	26.161	18.053	25.507
> davon mit Kindern	16.194	11.572	16.350
> davon Kinderschutzfälle	5.366	3.363	4.752
> davon Haushalte mit Älteren	2.762	1.859	2.627
Haushalte in der Orientierungsberatung	9.541	3.854	8.897



Flüchtlinge	IST Vorjahr zum 31.12.2013	Ist zum 30.06.2014	Veränderung
Leistungsbeziehende insgesamt nach AsylbLG	3.922	4.357	11,1%
> darunter Asylbewerberinnen/Asylbewerber	2.592	3.043	17,4%
> darunter sonstige Leistungsbeziehende n. AsylbLG	1.330	1.314	-1,2%



Wohnen	IST Vorjahr zum 31.12.2013	Ist zum 30.06.2014	Veränderung
akut-Wohnungslose (= Clearinghäuser, Pensionen, Notquartiere, Verbandshäuser)	3.519	3.724	5,8%
Mietpreisentwicklung (Wiedervermietungsmieten netto kalt Durchschnitt): €/qm	13,48 €	14,45 €	7,2%
Bestand an Sozial- und Belegrechtswohnungen	77.000		
Ablauf Bindungen 2013-2016	6.633		



Produkt 1.1.1	Hilfe zum Lebensunterhalt und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	Produkt im Plan	
----------------------	---	-----------------	---

Die Leistungen dieses Produktes sichern den Lebensunterhalt von älteren und in ihrer Erwerbsfähigkeit eingeschränkten Münchnerinnen und Münchnern, deren Einkommen oder Vermögen nicht ausreicht, um diesen selbst zu bestreiten. Personen über 65 Jahren erhalten Grundsicherung im Alter; Menschen im Alter von 18 bis unter 65 Jahren, sofern sie auf Dauer erwerbsgemindert sind, Grundsicherung bei Erwerbsminderung. Personen unter 65 Jahren, die nicht dauerhaft erwerbsgemindert sind, erhalten Hilfe zum Lebensunterhalt. Die laufende Hilfe beinhaltet die Grundbedürfnisse des täglichen Bedarfs (Regelsatz und Kosten der Unterkunft plus Heizung).

Hilfen für zusätzliche Bedarfe wie z. B. für die Erstausrüstung der Wohnung oder Bekleidung, Mehrbedarfzuschläge oder die Übernahme von Mietschulden (bis zu einer Monatsmiete) können bei Bedarf gewährt werden. Freiwillige Leistungen wie beispielsweise der „München-Pass“, der Vergünstigungen bei der Inanspruchnahme von städtischen und nicht städtischen Einrichtungen bietet, werden ergänzend angeboten. Seit dem 1. April 2009 ist es den Leistungsbezieherinnen und -bezieher möglich, ein um die Hälfte verbilligtes MVV-Monatsticket zu erwerben, die sogenannte "IsarCard-S".

Ziel-feld	Indikator	Ist 2013	Plan 2014	Ist zum 30.06.2014	V- Ist 2014 (Prognose)	Abweichung Plan/ V-Ist	Erläuterungen
L	Leistungsbezieher/innen	19.338	20.216	19.558	20.096	-0,6%	
	> davon dauerhaft Erwerbsgeminderte	3.510	3.678	3.558	3.659	-0,5%	
	> davon nicht dauerhaft Erwerbsgeminderte	2.394	2.661	2.316	2.400	-9,8%	im Rückgang
L	Erlöse	85.846.380 €	111.649.980 €	58.031.322 €	111.649.980 €	0,0%	
R	Kosten	150.483.843 €	160.056.839 €	79.451.294 €	159.776.266 €	-0,2%	
R	> davon Geldleistungen für Bürgerinnen und Bürger	130.263.119 €	137.952.956 €	68.513.161 €	137.900.000 €	0,0%	
R	>> davon Bildung und Teilhabe	931.460 €	1.000.000 €	316.124 €	950.000 €	-5,0%	Leistungen werden noch nicht vollständig abgerufen, Steigerung bis Jahresende wird erwartet
R	Durchschnittliche Transferleistungen je Leistungsbezieherin/ Leistungsbezieher je Monat	561 €	569 €	584 €	572 €	0,5%	
R	Ergebnis (Erlöse minus Kosten)	-64.637.463 €	-48.406.859 €	-21.419.972 €	-48.126.286 €	-0,6%	

Vorhandene Beschlüsse:

Einführung einer kostengünstigen MVV-Monatskarte für die München-Pass-Inhaberinnen und Inhaber der IsarCard S vom 26.11.2008

München-Pass; Fahrtkostenvergünstigungen Zeitbeschränkung der 'IsarCard S' vom 24.03.2010

Beschluss über die Festsetzung/Erhöhung der Regelsätze SGB XII vom 21.03.2012

Bedarfsgerechter Ausbau der SGB XII – Sachbearbeitung in den Sozialbürgerhäusern (SA am 05.07.2012)

Stadtratsbeschlüsse über die Bedarfe für Bildung und Teilhabe vom 22.03.2011 und 31.05.2011

Beschluss über die Festsetzung/Erhöhung der Regelsätze SGB XII vom 28.11.2012 und 14.11.2013

Beschluss über die Neufestsetzung der Mietobergrenzen vom 05.06.2014

Produkt 1.1.2	Grundsicherung für Arbeitssuchende	Entwicklung etwas positiver als erwartet	
----------------------	---	--	---

Die Grundsicherung für Arbeitssuchende dient der Sicherstellung des Lebensunterhalts von erwerbsfähigen Personen und deren Angehörigen, sofern sie nicht in der Lage sind, diesen durch eigenes Einkommen und Vermögen zu bestreiten. Die Grundsicherung für Arbeitssuchende umfasst auch die Vermittlung in Arbeit und die Eingliederung von Langzeitarbeitslosen in das Arbeitsleben. Sie soll die Eigenverantwortung stärken und dazu beitragen, dass diese Personen unabhängig von der Grundsicherung für Arbeitssuchende leben können. Neben der Vermittlung in Arbeit beinhaltet die Grundsicherung für Arbeitssuchende auch unterstützende Angebote zur aktiven Arbeitsförderung. Die Angebote reichen von Bewerbungstraining und Coaching über Aus- und Weiterbildungsangebote bis hin zu Starthilfen für Existenzgründerinnen und Existenzgründer


Ziel-feld	Indikator	Ist 2013	Plan 2014	Ist zum 30.06.2014	V- Ist 2014 (Prognose)	Abweichung Plan/ V-Ist	Erläuterungen
W	Integrationen in den 1. Arbeitsmarkt	13.338	13.500	5.721	13.500	0,0%	
W	> davon unter 25-Jährige	2.274	2.000	657	2.000	0,0%	
W	> davon über 50-Jährige	1.966	1.700	928	1.700	0,0%	
L	Bedarfsgemeinschaften	39.881	39.850	40.931	40.500	1,6%	
L	Leistungsbezieher/innen	73.063	72.352	75.279	74.500	3,0%	
	Leistungsbeziehende unter 15 Jahren	20.996	20.633	22.305	21.500	4,2%	spürbarer Anstieg der Anzahl an Bedarfsgemeinschaften, insbesondere mit Kindern im Leistungsbezug. Entsprechend Anstieg von Leistungsbeziehenden insgesamt und in der Arbeitsvermittlung
L	Arbeitslose ALG II-Beziehende in der Arbeitsvermittlung	22.297	22.000	23.259	22.800	3,6%	
R	Erlöse	105.659.995 €	100.634.260 €	44.570.283 €	93.500.000 €	-7,1%	Verminderung der Bundeserstattungen durch Aufrechnung mit Rückforderungen aus 2012
R	Kosten	294.180.006 €	300.459.909 €	146.346.987 €	301.652.709 €	0,4%	
R	> davon Transferleistungen	241.960.193 €	248.473.611 €	121.242.633 €	248.473.611 €	0,0%	
	>> davon Kosten der Unterkunft	227.185.190 €	238.529.241 €	114.544.844 €	232.500.000 €	-2,5%	Entwicklung günstiger als erwartet
	>> davon Bildung und Teilhabe	4.889.694 €	5.000.000 €	1.787.251 €	5.000.000 €	0,0%	
R	Durchschnittl. Kosten d. Unterkunft je Bedarfsgemeinschaft/Monat	471 €	475 €	427 €	473 €	-0,4%	
R	Ergebnis (Erlöse minus Kosten)	-188.520.011 €	-199.825.649 €	-101.776.704 €	-208.152.709 €	4,2%	

Ziele 2014:

Mit dem Jobcenter sind jährlich im 4. Quartal des jeweiligen Vorjahres über die Trägerversammlung Integrationsziele insbesondere zu bestimmten Zielgruppen, zu Transferleistungen und Ziele zur Nachhaltigkeitsquote quantifiziert und vereinbart und deren Erreichung sichergestellt.	Ziel erreicht
--	---------------

Vorhandene Beschlüsse:

Stadtratsbeschluss zur Einführung der IsarCard S vom 26.11.2008
Stadtratsbeschlüsse zur Zeitbeschränkung der IsarCard S vom 24.03.2010
Stadtratsbeschluss zur unbefristeten Übernahme von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der ARGE für Beschäftigung München GmbH vom 29.06.2010
Beschluss zur zukünftigen Neuorganisation der ARGE für Beschäftigung (gem. Sitzung SA/FA/WA am 19.10.2010, VV vom 27.10.2010)
Beschlüsse zu Bildung und Teilhabe am 22.03. und am 31.05.201
Beschlüsse zum Jobcenter am 24.02. und 28.06.2011
Beschlüsse zur aktuellen Situation im Jobcenter vom 04.07.2013 und 05.12.2013
Beschluss zur Neufestsetzung der Mietobergrenzen vom 05.06.2014

Produkt 1.1.3	Schuldner- und Insolvenzberatung	Ausbau zeigt Wirkung, deutlich mehr Beratungen können erfolgreich abgeschlossen werden 
----------------------	---	--

Die Schuldner- und Insolvenzberatung umfasst neben der eigentlichen Schuldnerberatung und Schuldenregulierung auch die Budgetberatung und die hauswirtschaftliche Unterstützung, die Beratung für andere soziale Institutionen (Fachberatung) sowie die präventive Arbeit (insbesondere an den Münchner Schulen) und die Öffentlichkeitsarbeit, um eine Ver- oder Überschuldung im Vorfeld zu vermeiden. Sie fördert so die soziale Stabilisierung, die wirtschaftliche Konsolidierung und die Reorganisation von ver- und überschuldeten Privathaushalten durch Einzelfallhilfe, Multiplikatoren- und Aufklärungsarbeit.

Ziel-feld	Indikator	Ist 2013	Plan 2014	Ist zum 30.06.2014	V- Ist 2014 (Prognose)	Abweichung Plan/ V-Ist	Erläuterungen
L	Beratene Personen	5.820	6.000	4.391	6.000	0,0%	Auswirkungen der Ausbaustufe 1 – höhere Produktivität nach erfolgter Einarbeitung
W	> Anteil der erfolgreich abgeschl. Schuldnerberatungen	46%	45%	31%	45%	0%	
L	> Anteil der Nichtdeutschen	49%	48%	49%	48%	0,0%	
L	> Anteil der Alleinerziehenden	14%	15%	13%	15%	0,0%	
Q	Beratene Personen pro Vollzeitstelle	169	140	113	140	0,0%	
R	Erlöse	227.305 €	147.305 €	0 €	14.305 €	-90,3%	Fallpauschalen, Zahlung erst in der zweiten Jahreshälfte
R	Kosten	5.492.662 €	4.536.663 €	2.468.863 €	4.552.195 €	0,3%	
R	> davon Zuschüsse an freie Träger	2.416.432 €	2.844.149 €	1.614.840 €	2.844.149 €	0,0%	
R	Ergebnis (Erlöse minus Kosten)	-5.265.357 €	-4.389.358 €	-2.468.863 €	-4.537.890 €	3,4%	

Vorhandene Beschlüsse:

Bedarfsgerechter Ausbau der Schuldnerberatung (Ausbaustufe 1) vom 29.07.2009

Münchner Gesamtplan II, Soziale Wohnraumversorgung – Wohnungslosenhilfe Paradigmenwechsel „Wohnen statt Unterbringen“, Erfahrungsbericht und Fortschreibung - vom 11.06.2010

Energieprojekte für Haushalte mit geringem Einkommen in München, SA 10.01.2013

Münchner Essenstafeln – Erhöhung der Förderung, SA 11.04.2013

Bedarfsgerechter Ausbau der Schuldnerberatung (Ausbaustufe 2) – Beschluss vom 14.11.2013

2.2.1

Produkt 2.2.1	Erziehungsangebote und Kinderschutz	Gegensteuerungsmaßnahmen greifen, aber weitere Steigerung der umF-Zahlen, zudem langer Verbleib bei Inobhutnahmen 
----------------------	--	---

Das Produkt fördert die Entwicklung junger Menschen zu eigenverantwortlichen Persönlichkeiten und stärkt die Eltern in ihrer Erziehungsfähigkeit. Eltern und junge Menschen haben einen Rechtsanspruch auf diese Hilfen (§§ 27 ff bzw. § 35a SGB VIII) und Kinder und Jugendliche einen Anspruch auf Schutz vor Gefährdung ihres Wohls (§§ 1, 8a SGB VIII). Die Produktleistungen umfassen im Kinderschutz die Inobhutnahme, in den erzieherischen Angeboten die ambulanten und teilstationären sowie die stationären Erziehungshilfen in Familien und Einrichtungen. Ebenso gehören die Eingliederungshilfen für Kinder, die von seelischer Behinderung betroffen oder bedroht sind sowie wirtschaftliche Unterstützung zur Inanspruchnahme von Angeboten der Kinderbetreuung, Kinder- und Jugenderholung und Familienbildung zu diesem Produkt.

Ziel-feld	Indikator	Ist 2013	Plan 2014	Ist zum 30.06.2014	V- Ist 2014 (Prognose)	Abweichung Plan/ V-Ist	Erläuterungen
L	Anzahl der Kinder, die durch Frühe Hilfen des Kinderschutzes erreicht werden	734	900	460	880	-2,2%	unbesetzte Stellen bei Kinderkrankenschwestern im RGU; Ausgleich zwischen den Regionen nicht möglich
L	Anzahl der Haushalte mit ambulanten Krisenhilfen	63	70	74	69	-1,4%	
L	Bestandsfälle in Kinderschutzmaßnahmen (§ 33 SGB VIII & Inobhutnahmen)	n.v.	190	908	900	373,7%	ab 2014 werden hier unbegleitete minderjährige Flüchtlinge mit erfasst. Es ist immer schwieriger, in Obhut genommene Kinder in andere Hilfen weiter zu vermitteln, entsprechend lange Verweildauern
L	Bestandsfälle in ambulanten Erziehungshilfen nach §§ 29-31, 35 SGB VIII (AEH)	1.400	1.465	1.375	1.400	-4,4%	erhöhte Betreuungsintensität pro Fall
L	Bestandsfälle in ambulanten Eingliederungshilfen	n.v.	710	1.054	950	33,8%	Veränderung von Abrechnungsmodalitäten; Leistungen, die bisher als Nebenkosten stationärer Unterbringung verrechnet wurden, werden nun als ambulante Hilfen gewertet
L	Bestandsfälle in sonstigen ambulanten Erziehungshilfen (inkl. § 20 SGB VIII)	556	570	733	600	5,3%	
L	Bestandsfälle in Tagesgruppen nach § 32 SGB VIII	n.v.	310	301	305	-1,6%	
L	Bestandsfälle in Heilpädagogischen Tagesstätten (HPT) nach § 35a SGB VIII	n.v.	800	844	820	2,5%	
L	Bestandsfälle Schulgeldübernahme nach § 35a SGB VIII	n.v.	120	127	120	0,0%	
L	Bestandsfälle in sonstigen teilstationären Hilfen	n.v.	20	10	20	0,0%	

2.2.1


Produkt 2.2.1							
Ziel-feld	Indikator	Ist 2013	Plan 2014	Ist zum 30.06.2014	V- Ist 2014 (Prognose)	Abweichung Plan/ V-Ist	Erläuterungen
L	Bestandsfälle in stationären Einrichtungen nach (§41 i.V.m) §§ 34,35,35a (ohne Kostenerstattung)	n.v.	2.640	2.511	2.590	-1,9%	Gegensteuerungsmaßnahmen greifen
L	Bestandsfälle in Pflegefamilien nach § 33 SGB VIII	n.v.	600	593	610	1,7%	Ausbau der Pflege ist gewünscht.
L	unbegleitete Flüchtlinge in den Produktleistungen Kinderschutz, ambulante, stationäre und teilstationäre Hilfen	n.v.	730	600	770	5,5%	
L	Mit Hauptverhandlung abgeschlossene Fälle der Jugendgerichtshilfe	3.530	4.000	1.792	3.900	-2,5%	
	davon mit Auflage zur Teilnahme an ambulanten Maßnahmen	836	1.200	360	1.200	0,0%	
L	ohne Gerichtsverfahren erfolgte Verfahrenseinstellungen durch die Staatsanwaltschaft	343	400	176	390	-2,5%	
L	Bestandsfälle in Kindertagesbetreuung (ohne §§ 11/16 SGB VIII) mit wirtsch. Förderung	n.v.	1.280	1.754	1.900	48,4%	Ausbau der Kindertagesbetreuung, geringere Leistungsfähigkeit der Eltern
R	Summe aller Transferkosten des Produkts	243.355.576 €	225.493.431 €	106.183.110 €	246.120.000 €	9,1%	
R	Transferkosten für Hilfen zur Erziehung (ohne Kinderschutz u. Wirtschaftliche Förderung)	210.666.426 €	201.452.268 €	86.656.145 €	205.990.000 €	2,3%	
R	Transferkosten für alle Kinderschutzmaßnahmen	12.086.588 €	5.829.484 €	5.786.473 €	16.830.000 €	188,7%	Inobhutnahmen unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge werden seit 1.1.2014 den Kinderschutzmaßnahmen zugeordnet, ebenso ein Teil der Fälle der Bereitschaftspflege. Darüber hinaus Fallzahlsteigerung bei den (nicht steuerbaren) Inobhutnahmen
R	Transferkosten für alle ambulanten Hilfen (AEH, ambulante Eingliederungshilfe, sonstige ambulante Hilfen)	24.851.332 €	27.712.053 €	13.822.612 €	27.740.000 €	0,1%	
R	davon ambulante Erziehungshilfen	17.839.027 €	20.864.763 €	10.430.014 €	20.870.000 €	0,0%	

2.2.1

Produkt 2.2.1		Erziehungsangebote und Kinderschutz					
Ziel-feld	Indikator	Ist 2013	Plan 2014	Ist zum 30.06.2014	V- Ist 2014 (Prognose)	Abweichung Plan/ V-Ist	Erläuterungen
R	Transferkosten für alle teilstationären Hilfen	26.528.449 €	28.182.617 €	12.669.002 €	28.200.000 €	0,1%	
R	Transferkosten für alle stationären Hilfen	159.286.645 €	145.557.598 €	60.164.531 €	150.050.000 €	3,1%	
R	davon in stationären Einrichtungen (ohne unbegleitete minderjährige Flüchtlinge)	89.533.823 €	89.222.203 €	35.818.052 €	89.300.000 €	0,1%	
R	davon in Pflegefamilien	7.214.986 €	7.373.396 €	4.491.127 €	7.700.000 €	4,4%	Ausbau der Pflege ist gewünscht
R	davon für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in stationären Einrichtungen (nach § 41 i.V.m.) §§34, 35, 35a SGB VIII)	42.885.853 €	31.626.004 €	12.432.511 €	32.700.000 €	3,4%	Bis 2013 waren hier Inobhutnahmen unbegleiteter Minderjähriger Flüchtlinge enthalten, die jetzt im Kinderschutz verrechnet werden
R	davon für sonstige stationäre Hilfen (§§ 13(3), 19, 27(2), 21 SGB VIII u. Kostenerstattung)	19.651.983 €	17.335.995 €	7.422.841 €	20.350.000 €	17,4%	Plan auf Basis alter Daten, Anpassung erfolgt im Nachtrag 2013
R	Transferkosten wirtschaftliche Unterstützung zur Kindertagesbetreuung und §§ 11, 16 SGB VIII	20.602.562 €	18.211.679 €	13.740.492 €	23.300.000 €	27,9%	Ausbau der Kindertagesbetreuung, geringere Leistungsfähigkeit der Eltern
R	Zuschussmittel für Jugendgerichtshilfe	1.886.351 €	2.041.006 €	1.060.011 €	2.596.000 €	27,2%	Ausbau der ambulanten Maßnahmen der jugendrichterlichen Weisungen gemäß § 10 JGG
R	Erlöse	52.675.046 €	60.007.339 €	15.171.942 €	42.950.610 €	-28,4%	Kostenerstattungen für umF im Vergleich zum Vorjahr erheblich verzögert
	davon städtisches Heim Just M	2.880.105 €	3.581.020 €	587.406 €	1.200.610 €	-66,5%	nur noch Just M, andere Heime nicht mehr im Budget von 2.2.1
R	Kosten	295.777.052 €	276.245.443 €	135.513.236 €	298.000.000 €	7,9%	
	davon städtisches Heim Just M	4.196.118 €	3.319.772 €	1.630.664 €	3.300.000 €	-0,6%	nur noch Just M, andere Heime nicht mehr im Budget von 2.2.1
	davon Jugendgerichtshilfe	4.505.295 €	4.509.753 €	2.341.194 €	5.100.000 €	13,1%	Ausbau der ambulanten Maßnahmen der jugendrichterlichen Weisungen gemäß § 10 JGG
R	Ergebnis (Erlöse minus Kosten)	-243.102.006 €	-216.238.104 €	-120.341.294 €	-255.049.390 €	17,9%	

2.2.1

Produkt 2.2.1	Erziehungsangebote und Kinderschutz
Vorhandene Beschlüsse:	
Das Münchner Modell der Früherkennung und Frühen Hilfen für psychosozial hoch belastete Familien, VV 19.12.2007 und 11.01.2011	
Kindertagespflege in Familien: Qualitätsoffensive, KJHA 02.12.2008	
Entwicklung der Fallzahlen in der stationären Jugendhilfe, VV 16.11.2009	
Wirksamkeit in der Jugendhilfe, VV 28.04.2010 und 24.05.2011	
Umsetzung des Teilplans 4, Tageseinrichtungen, Tagespflege, Teil B, Bedarfsplanung Kindertagesbetreuung, VV 27.10.2010	
Anpassung der personellen Kapazitäten im Stadtjugendamt an die kontinuierlich steigenden Zahlen unbegleiteter minderjähriger und junger erwachsener Flüchtlinge mit Jugendhilfebedarf in München, VV 10.01.2012	
Verbesserung der Situation von minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen in München, Anpassung der personellen Kapazitäten an die kontinuierlich steigenden Zahlen neu einreisender jugendlicher Flüchtlinge, VV 27.10.2010	
Qualitätsoffensive in den Erziehungshilfen: Verbesserung der Fallsteuerung in den SBHs und in den Erziehungshilfen, VV 25.04.2012	
Ausbau der Kindertagesbetreuung Anpassung der finanziellen Leistungen an Tagesbetreuungspersonen nach den gesetzlichen Änderungen im § 23 SGB VIII: Förderung in Kindertagespflege und Darstellung der Elternbeitragen nach Art. 20 BayKiBiG, VV 24.10.2012	
Kinderschutzauftrag bei Delinquenz erfüllen – Stellenzuschaltung bei der Jugendgerichtshilfe des Stadtjugendamtes München und bei der Jugendgerichtshilfe der Arbeiterwohlfahrt München gemeinnützige GmbH , KJHA 11.10.2011, VV 25.10.2011 und 09.04.2013	
Frühe Hilfen für psychosozial hoch belastete Familien: Anpassung der Personalkosten und Deckungslücke bei Sach- und Gemeinkosten, VV 04.12.2012	
Qualitätsoffensive in den Erziehungshilfen: Ausbau und Weiterentwicklung der Pflegekinderhilfe nach § 33 SGB VIII, VV 23.01.2013	
Steigende Flüchtlingszahlen bei den umF: Personalbedarf im Stadtjugendamt bei den federführenden sozialpädagogischen Fachkräften für unbegleitete minderjährige und junge erwachsene Flüchtlinge , VV 23.01.2013	
Kinderschutzauftrag bei Delinquenz erfüllen – Stellenzuschaltung bei der Jugendgerichtshilfe des Stadtjugendamtes München und bei der Jugendgerichtshilfe der Arbeiterwohlfahrt München gemeinnützige GmbH , KJHA 11.10.2011, VV 25.10.2011 und 09.04.2013	
Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung für 1 bis 3-jährige Kinder. Weiterer Ausbau der Kindertagesbetreuung im Rahmen der Münchner Großtagespflege, VV 24.07.2013	
Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung für 1 bis 3-jährige Kinder. Weiterer Ausbau der öffentlich geförderten Kindertagesbetreuung im Rahmen der drei Modelle zur Ersatzbetreuung, VV 23.10.2013	
Alle jugendlichen Flüchtlinge bis 18 Jahren raus aus den Gemeinschaftsunterkünften! Der Jugendhilfe nach SGB VIII Vorrang vor dem Asylverfahrensgesetz einräumen! VV 23.10.2013	
Wirkungsorientierung der ambulanten Maßnahmen gemäß 10 JGG. VV 08.07.2013	
Wirksamkeit in der Jugendhilfe, VV 30.07.2014	

Produkt 2.3.1	Vormundschaft, Pflegschaft	Weiterhin steigende Fallzahlen	
----------------------	-----------------------------------	--------------------------------	---

Aufgabe des Produktes ist das Wahrnehmen der Vormundschaft für Minderjährige zur Ausübung der elterlichen Sorge für alle Lebensbereiche der Mündel bzw. die Übernahme der Pflegschaft für Minderjährige. Neben dem Stadtjugendamt erbringen auch fünf freie Träger diese Leistung.

Ziel-feld	Indikator	Ist 2013	Plan 2014	Ist zum 30.06.2014	V- Ist 2014 (Prognose)	Abweichung Plan/ V-Ist	Erläuterungen
L	Gesamtzahl der geführten Vormund-/pflegschaften* (städtischer und freier Träger)	2.308	2.300	2.001	2.900	26,1%	Ausmaß des weiteren Anstiegs der Anzahl unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge war bei Planerstellung noch nicht absehbar
L	Mündel/Pflegling pro Planstelle beim städtischen Träger**	51	40	44	40	0,0%	
L	Mündel/Pflegling pro Planstelle beim freien Träger**	40	30	30	30	0,0%	
W	Vormünder/Pflegerinnen/Pfeger haben mindestens acht mal jährlich qualifizierten Kontakt zu ihren Mündeln/ Pfleglingen – städtischer Träger	n.v.	40%	42%	40%	0,0%	
W	Vormünder/Pflegerinnen/Pfeger haben 12 mal jährlich qualifizierten Kontakt zu ihren Mündeln/ Pfleglingen – freie Träger	n.v.	50%	62%	60%	20,0%	Aufgrund der niedrigeren Fallzahlen bei den freien Trägern sind mehr Kontakte möglich
L	Anzahl der umF (unbegleitete minderjährige Flüchtlinge)*	1.129	1.500	921	1.500	0,0%	
R	Erlöse	47.061 €	0 €	0 €	20.000 €		Spendenerlöse nicht planbar
R	Produktkosten	4.631.909 €	5.538.839 €	2.559.860 €	5.119.720 €	-7,6%	Ausbau Förderung freier Träger wird wegen schwieriger
R	> davon Fördermittel an freie Träger	1.687.673 €	2.584.000 €	1.098.901 €	2.197.803 €	-14,9%	Personalgewinnung nicht voll ausgeschöpft
R	Ergebnis (Erlöse minus Kosten)	-4.584.848 €	-5.538.839 €	-2.559.860 €	-5.099.720 €	-7,9%	

* Es handelt sich um Jahressummen

** Jahresmittelwert

vorhandene Beschlüsse

Umsetzung des Gesetzes zur Änderung des Vormundschafts- und Betreuungsrechts. Umorganisation des Vormundschaftsbereichs der Stadt München, VV 24.07.2013

Produkt 2.3.2	Beistandschaft, Rechtsberatung, Beurkundung	Produkt im Plan
----------------------	--	-----------------

Die Beistandschaft vertritt minderjährige Kinder, die nicht aus einer Ehe stammen. Den Antrag stellt der allein sorgeberechtigte oder alleinerziehende Elternteil. Dabei geht es um Feststellung der Vaterschaft und/oder Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen. Der antragsberechtigte Elternteil kann sich hierzu auch beraten lassen, ohne eine Beistandschaft zu beantragen. Beraten werden auch junge Erwachsene zwischen dem 18. und der Vollendung des 21. Lebensjahres. In der Urkundsstelle werden kostenfrei Vaterschafts- und Mutterschaftsanerkenntnisse, Zustimmungen zu Vaterschaftsanerkenntnissen, Unterhaltsverpflichtungen und Sorgeerklärungen beurkundet. Im Stadtjugendamt München wird das Sorgerechtsregister für in München geborene Kinder, die nicht einer Ehe entstammen, geführt. Deren Müttern werden auf Anfrage zum Nachweis ihrer alleinigen Sorge anhand dieses Registers sogenannte Negativatteste ausgestellt.

Ziel-feld	Indikator	Ist 2013	Plan 2014	Ist zum 30.06.2014	V- Ist 2014 (Prognose)	Abweichung Plan/ V-Ist	Erläuterungen
L	Geltendmachung von Kindesunterhalt (Fallzahl)	8.152	8.300	7.957	8.000	-3,6%	zahlreiche Beendigungen, bei neuen Fällen verstärkte Beratung, um zu prüfen, ob Beistandschaft sinnvoll und erfolgversprechend ist
L	Anzahl der Beratungen für Elternteile (ohne gleichzeitige Beistandschaft)	n.v.	2.800	n.v.	n.v.		
L	Anzahl der Beratungen für junge Volljährige zwischen 18 und unter 21 Jahren	1.064	1.200	633	1.200	0,0%	
L	Erfolgte Beurkundungen	6.164	6.800	3.169	6.800	0,0%	
L	Wartezeit vom Erstkontakt bis zum Beratungstermin für Elternteile bis zu 2 Wochen	n.v.	80%	80%	80%	0,0%	
L	Wartezeit vom Erstkontakt bis zum Beurkundungstermin bis zu 2 Wochen	44%	50%	34%	50%	0,0%	
L	Wartezeit vom Erstkontakt bis zum Beratungstermin bei der Rechtsberatung junger Volljähriger bis zu 2 Wochen	92%	95%	90%	75%	-21,1%	steigende Nachfrage
L	rechtsverbindliche Feststellung des Unterhaltsanspruchs des Kindes (Titelquote in %)	83%	82%	83%	83%	1,2%	
L	Erfolgreiche Durchsetzung des Unterhaltsanspruchs des Kindes (Zahlerquote in %)	81%	80%	80%	80%	0,0%	
L	Summe der vom Beistand vereinnahmten Unterhaltszahlungen in Mio. €	19,7	18,0	8,6	17,0	-5,6%	rückläufige Unterhaltseinnahmen bei rückläufiger Anzahl von Beistandschaften. Neue Beistandschaften sind häufig noch ohne Unterhaltstitel
R	Erlöse	0 €	0 €	0 €	0 €		
R	Produktkosten	6.580.263 €	6.231.722 €	3.528.972 €	7.057.943 €	13,3%	
R	Ergebnis (Erlöse minus Kosten)	-6.580.263 €	-6.231.722 €	-3.528.972 €	-7.057.943 €	13,3%	

Produkt 4.1.2	Vermittlung in dauerhaftes Wohnen	Produkt im Plan	
----------------------	--	-----------------	---

Wohnungssuchende, die Schwierigkeiten haben, sich auf dem freien Wohnungsmarkt mit adäquatem Wohnraum zu versorgen, können sich für geförderten Wohnraum vormerken lassen. Die Mieter werden durch Unterstützung befähigt, selbständig und auf Dauer in einem Mietverhältnis zu leben. Durch eine planvolle Belegung sollen sozialverträgliche Mieterstrukturen in Wohnanlagen geschaffen und erhalten werden.

Ziel-feld	Indikator	Ist 2013	Plan 2014	Ist zum 30.06.2014	V- Ist 2014 (Prognose)	Abweichung Plan/ V-Ist	Erläuterungen
L	Gestellte Anträge auf Registrierung / Vormerkung – allgemein	20.572	22.000	10.840	22.130	0,6%	
L	Registrierungen – allgemein	10.832	11.000	11.195	11.200	1,8%	
L	Wohnungsvergaben	2.858	3.500	1.563	3.500	0,0%	
Q	Anteil der Wohnungen, die an wohnungslose und v. Wohnungslosigkeit bedrohte HH vergeben werden	31%	33%	33%	35%	6,1%	
Z	von registrierten Haushalten sind: wohnungslos	18%	18%	19%	19%	5,6%	
Z	von registrierten Haushalten sind: von Wohnungslosigkeit bedroht	5%	5%	5%	5%	0,0%	
Z	von registrierten Haushalten sind: in Rangstufe 1	65%	65%	67%	67%	3,1%	
R	Erlöse	14.461.065 €	16.324.246 €	15.044.009 €	15.044.009 €	-7,8%	Zahlungen erfolgen periodenfremd und sind abhängig von der Baufertigstellung.
R	Kosten	24.535.151 €	27.640.669 €	13.630.012 €	27.260.000 €	-1,4%	
R	Ergebnis (Erlöse minus Kosten)	-10.074.086 €	-11.316.423 €	1.413.997 €	-12.215.991 €	7,9%	

Vorhandene Beschlüsse:

Erhöhung des Angebotes an bezahlbarem Wohnraum für Alleinerziehende VV 10.10.2013

Vergabe neu. VV 05.12.2013

Vergaberichtlinien von städtisch geförderten Wohnungen für Beschäftigte des Polizeipräsidiums München verbessern Antrag Nr. 08-14 / A 04432 vom 05.06.2014

Geplante Beschlüsse:

Stellenmehrbedarf 4.1.2 geplant 09.10.14

4.1.3

Produkt 4.1.3	Wohngeld	Produkt unter Plan; das Gesetz greift in München nicht. Die Miethöchstbeträge, die berücksichtigt werden dürfen sind viel zu niedrig für den Münchener Mietmarkt. Zudem unzureichende Anpassung von Einkommenshöchstgrenzen seit 2009
----------------------	-----------------	---

Wohngeld dient der wirtschaftlichen Sicherung angemessenen und familiengerechten Wohnens. Auf Antrag unter Berücksichtigung des Einkommens, der Haushaltsgröße, der Höhe der Miete/Belastung und des Wohnungstyps (Bezugsfertigkeit, Ausstattung etc.) wird Wohngeld ausgezahlt. Es ist Hilfe für Mieterinnen und Mieter sowie Eigentümerinnen und Eigentümer.

Ziel-feld	Indikator	Ist 2013	Plan 2014	Ist zum 30.06.2014	V- Ist 2014 (Prognose)	Abweichung Plan/ V-Ist	Erläuterungen
L	Antragszugänge	12.174	12.300	5.212	10.500	-14,6%	niedrige Mietobergrenzen beim Wohngeld und sehr hohe reale Mieten führen zu vielen Ablehnungen und in der Folge zu weniger Anträgen/ Bescheiden/Empfängerhaushalten
L	Bescheide	12.384	13.000	5.306	10.600	-18,5%	
L	Empfängerhaushalte	5.611	6.000	5.196	4.800	-20,0%	
	< davon unter 100 € / Monat	2.538	2.600	2.307	2.100	-19,2%	
Q	Bearbeitungsdauer von max. 6 Wochen wird in x % der Anträge erreicht	54%	54%	54%	54%	0,0%	
W	Ausgezahltes Wohngeld (nachrichtlich - nicht städt. Haushalt)	7.196.707 €	7.200.000 €	3.178.822 €	6.100.000 €	-15,3%	
R	Kosten	5.937.206 €	5.665.288 €	2.977.097 €	5.954.194 €	5,1%	Umlagen zu niedrig geplant
R	Verwaltungskosten pro Bescheid	479 €	486 €	571 €	567 €	16,7%	Eine rückläufige Anzahl von Empfängerhaushalten und ausgezahltem Wohngeld insgesamt, bei in etwa gleichen Verwaltungskosten, führt zu einem weiteren Anstieg der Kosten je Bescheid bzw. ausgezahltem Euro Wohngeld. In diesen Kosten sind die Kosten für ablehnende Bescheide enthalten.
R	Verwaltungskosten pro ausgezahltem Euro Wohngeld	0,81 €	0,83 €	0,94 €	0,98 €	18,1%	
	Erlöse	443 €	259 €	424 €	848 €	228,0%	
R	Ergebnis (Erlöse minus Kosten)	-5.936.763 €	-5.665.030 €	-2.976.674 €	-5.953.346 €	5,1%	

geplante Beschlüsse:

Anpassung der Personalausstattung im Wohngeld um die bevorstehende Wohngeldnovelle und massiver Antragsteigerungen zu bewältigen, geplant 06.11.14

Produkt 4.1.4	Vorübergehende Unterbringung und ambulante Hilfen für akut Wohnungslose	weiterer Anstieg der Wohnungslosenzahlen 
----------------------	--	--

Akut wohnungslose Haushalte werden mit Plätzen bzw. Wohnungen zur vorübergehenden Unterbringung sowie personenbezogenem Clearing in Clearinghäusern, Pensionen, Notquartieren und bei freien Trägern sowie ambulante Beratungs- und Betreuungsangebote versorgt. Alle Maßnahmen dienen der möglichst schnellen Vermittlung in dauerhaftes oder Übergangswohnen. Dort steht ein Angebot an weiteren Hilfen, die einen nachhaltigen Verbleib in einer dauerhaften Wohnform mit Mietvertrag ermöglichen, zur Verfügung.

Ziel-feld	Indikator	Ist 2013	Plan 2014	Ist zum 30.06.2014	V- Ist 2014 (Prognose)	Abweichung Plan/ V-Ist	Erläuterungen
L	Plätze in Pensionen	2.656	2.504	2.758	3.415	36,4%	Ausweitung der Platzkapazitäten wegen Anstieg der Wohnungslosen
L	Personen in Pensionen	2.515	2.519	2.669	3.089	22,6%	
L	Plätze in Verbandshäusern (Akutversorgung)	293	293	293	293	0,0%	
L	Auslastung in Verbandshäusern	98%	95%	95%	95%	0,0%	
L	Summe der aktuell belegbaren Plätze im Sofortunterbringungssystem	3.623	3.417	3.789	4.251	24,4%	
L	Auslastung Sofortunterbringungs-systems	85%	97%	91%	91%	-6,2%	
W	Anzahl der akut Wohnungslosen im Sofortunterbringungssystem	3.519	3.604	3.173	3.950	9,6%	
W	Anzahl der akut wohnungslosen Haushalte im Sofortunterbringungssystem	2.182	2.254	2.279	2.369	5,1%	
Z	Anzahl der unter 18-Jährigen im Sofortunterbringungssystem	847	826	891	1.000	21,1%	es steht kein vermittelbarer Wohnraum zur Verfügung, Zunahme der schwer zu vermittelnden Großfamilien (42 Familien mit 306 Personen)
R	Erlöse	1.461.369 €	17.602.035 €	4.145.997 €	8.291.994 €	-52,9%	Im Rahmen der Umsetzung von mfm zu klären
R	Kosten	25.613.670 €	45.573.991 €	21.831.064 €	43.439.781 €	-4,7%	
R	Ergebnis (Erlöse minus Kosten)	-24.152.301 €	-27.971.956 €	-17.685.067 €	-35.147.787 €	25,7%	

vorhandene Beschlüsse:

'Münchner Gesamtplan II Soziale Wohnraumversorgung – Wohnungslosenhilfe, Teilbereich Prävention, Gesamtkonzept 'Maßnahmen zum Erhalt von Mietverhältnissen' vom 23.06.2010
'Münchner Gesamtplan II Soziale Wohnraumversorgung – Wohnungslosenhilfe, Paradigmenwechsel 'Wohnen statt Unterbringen' Erfahrungsbericht und Fortschreibung vom 23.06.2010
Bettplatzentgelte Beherbergungsbetriebe VV02.10.2013
Rahmenkonzeption Clearinghäuser SozialAus 19.09.2013
Eigentumsübergang städtische Wohnungen u.a. Ausgleich des Verwalterkontos und Unterbringungsmanagement VV 10.10.2013
Auf dem Weg zum Regionalen Gesamtplan III, Soziale Wohnraumversorgung – Wohnungslosenhilfe, 17.07.2014
Stellenbedarf aufgrund gestiegener Fallzahlen beim Fachbereich Betreuung der Abteilung Zentrale Wohnungslosenhilfe, 27.02.2014
Einrichtung eines Stabes "Unterbringung von Flüchtlingen und Wohnungslosen, 09.04.2014
In Wohnungen kommen - in Wohnungen bleiben Neuausrichtung der Unterstützung, Begleitung und Nachsorge von wohnungslosen Haushalten Einbeziehung der Verbände in die Betreuung der Wohnungslosen, Begleitung und Nachsorge von wohnungslosen Haushalten, 27.03.2014

geplante Beschlüsse:

Unterbringung von psychisch kranken wohnungslosen Frauen und Männern im städtischen Sofortunterbringungssystem im Notquartier Implerstraße Schaffung einer Clearing-Einrichtung für psychisch kranke wohnungslose Frauen und Männer, geplant 18.09.2014
Programm zur Unterbringung von Flüchtlingen und Wohnungslosen – Grundsatzentscheidung über das Vorgehen bei der baulichen Realisierung – Bauprogramm für 3000 Bettplätze – Änderung des Mehrjahresinvestitionsprogramms 2013 – 2017, Beschluss des Kommunalreferates, geplant 09.10.2014.

Produkt 4.1.5	Übergangs- und langfristig betreute Wohnformen	Produkt im Plan
----------------------	---	-----------------

Ziel der Hilfe in den Übergangs- und langfristig betreuten Wohnformen ist die Befähigung zum dauerhaften Wohnen. Für wohnungslose Menschen, die zum nachhaltigen Verbleib in einer dauerhaften Wohnform mit Mietvertrag Unterstützung benötigen, soll diese in Form von ambulanten Wohn- und Betreuungsangeboten geleistet werden.

Ziel-feld	Indikator	Ist 2013	Plan 2014	Ist zum 30.06.2014	V- Ist 2014 (Prognose)	Abweichung Plan/ V-Ist	Erläuterungen
L	Plätze in mittel- und langfristigen Wohnformen (freie Träger)	513	488	488	488	0,0%	
L	Bestand städtischer Unterkünfte (mit Nutzungsverhältnis) (WE)	27	200	0	0	-100,0%	Städtische Unterkünfte wurden in das Eigentum der städtischen Wohnbaugesellschaften überführt
L	Bestand angemieteter Wohnungen	76	76	30	30	-60,5%	
Q	Auslastung der Plätze in mittel- und langfristigen Wohnformen der freien Träger	98%	98%	99%	98%	0,0%	
W	Intensiv betreute Personen, die in dauerhaften Wohnraum oder weiterführende Maßnahmen vermittelt werden	27%	27%	17%	25%	-7,4%	Der extrem angespannte Wohnungsmarkt erschwert die Vermittlung in dauerhafte Wohnraum
R	Erlöse	478.554 €	744.610 €	248.557 €	496.934 €	-33,3%	Rückgang der Gebühreneinnahmen wegen Beendigung des Probewohnens. Die Zahl der angemieteten Wohnungen geht weiter zurück.
R	Kosten	17.678.781 €	14.159.087 €	7.115.264 €	14.079.824 €	-0,6%	
R	Finanzierungsanteil Gebühren/Mieten	27%	16%	3%	3%	-81,3%	Beendigung des Probewohnens
R	Ergebnis (Kosten minus Erlöse)	-17.200.227 €	-13.414.477 €	-6.866.707 €	-13.582.890 €	1,3%	

vorhandene Beschlüsse:

"Münchner Gesamtplan II; Soziale Wohnraumversorgung – Wohnungslosenhilfe, Paradigmenwechsel 'Wohnen statt Unterbringen' Erfahrungsbericht und Fortschreibung vom 24.12.2012

Dringende Mehrbedarfe Übergangs- und langfristig betreute Wohnformen für den Bereich "Förderung freier Träger" des Amtes für Wohnen und Migration VV 19.09.2013

Eigentumsübergang städtische Wohnungen u.a. Ausgleich des Verwalterkontos und Unterbringungsmanagement VV 10.10.2013

Investitionskostenzuschuss Pistorinistr. 30 VV 19.09.2013

Auf dem Weg zum Regionalen Gesamtplan III, Soziale Wohnraumversorgung – Wohnungslosenhilfe, 17.07.2014

Produkt 5.5.1	Individuelle Hilfe bei Pflegebedürftigkeit	Kosten über Plan, Anpassung erfolgt im Nachtragshaushalt	
----------------------	---	--	---

Die individuelle Hilfe bei Pflegebedürftigkeit dient der längstmöglichen Sicherstellung der pflegerischen Grundversorgung im häuslichen Bereich. Sie umfasst die im Einzelfall erforderliche wirtschaftliche Hilfe zur Pflege durch ein Pflegegeld und Leistungen für grundpflegerische und hauswirtschaftliche Versorgung durch zugelassene Pflegedienste und selbst beschafftes Pflegepersonal. Vorrangige Leistungen Dritter, insbesondere der gesetzlichen Pflegeversicherung, werden hierbei berücksichtigt, ebenso eigene Mittel, sofern deren Einsatz zumutbar ist.

Ziel-feld	Indikator	Ist 2013	Plan 2014	Ist zum 30.06.2014	V- Ist 2014 (Prognose)	Abweichung Plan/ V-Ist	Erläuterungen
L	Leistungsbezieher/innen Hilfe zur Pflege	2.004	1.940	1.873	2.074	6,9%	unterjährig nur nicht-revidierte Zahlen verfügbar
L	> davon 65 J. und älter	67,0%	65,9%	66,1%	66,0%	0,2%	
L	> Frauenanteil	59,9%	60,6%	60,4%	61,0%	0,7%	
L	Leistungsbezieher/innen Eingliederungshilfe	103	105	102	105	0,0%	
R	Erlöse	4.669.662 €	4.590.277 €	2.829.716 €	4.590.277 €	0,0%	
R	Kosten	71.385.528 €	75.875.375 €	37.306.009 €	77.625.375 €	2,3%	
R	> davon Transferleistungen	59.763.031 €	61.752.987 €	30.583.779 €	63.502.987 €	2,8%	Zunehmende Zahl an Leistungsbeziehenden, höhere Vergütungssätze in der Pflege
	>> davon Hilfe zur Pflege	55.993.152 €	58.070.635 €	29.186.526 €	60.548.435 €	4,3%	
	>> davon Eingliederungshilfe	3.769.879 €	2.954.552 €	1.397.253 €	2.954.552 €	0,0%	
R	Durchschnittliche Transferleistungen je Leistungsbezieherin/Leistungsbezieher und Jahr	26.319 €	28.279 €	31.166 €	27.646 €	-2,2%	
R	Ergebnis (Erlöse minus Kosten)	-66.715.866 €	-71.285.098 €	-34.476.293 €	-73.035.098 €	2,5%	

Ziele 2014:

Für die bedarfsgerechte und wirtschaftliche Feststellung pflegerischen Bedarfs im Rahmen der Hilfe zur Pflege ist ein Fachdienst eingesetzt. Um die Grundlage für diesen Fachdienst zu schaffen, wird in 2011 bis 2014 modellhaft ein Verfahren erprobt.

Ziel ist mehrjährig angelegt und derzeit im Zeitplan

Vorhandene Beschlüsse:

Beschluss d. Sozialausschusses vom 03.07.2003 zu den Konsequenzen von Einsparmöglichkeiten in der Versorgung pflegebedürftiger Menschen, die im Rahmen des Arbeitgebermodells versorgt werden.

Beschluss zur modellhaften Erprobung eines Fachdienstes Hilfe zur Pflege vom 14.12.2011

Beschluss „Bedarfsgerechter Ausbau der SGB XII – Sachbearbeitung in den Sozialbürgerhäusern“ (SA am 05.07.2012)

Produkt 5.6.2	Hilfen zur Gesundheit	Produkt im Plan	
---------------	-----------------------	-----------------	---

Leistungen der Hilfen zur Gesundheit erhalten Münchner Bürgerinnen und Bürger, die über keinen Krankenversicherungsschutz und andere Ansprüche (z.B. Unfallversicherung) verfügen und die die Kosten nicht aus dem eigenen Einkommen und Vermögen decken können. Die gewährten Hilfen dienen der Erhaltung, Wiederherstellung und Verbesserung der Gesundheit und entsprechen dem Leistungsumfang der gesetzlichen Krankenversicherung. Die Leistungen werden in der Regel durch eine gesetzliche Krankenkasse erbracht, die die Leistungsbezieherin/der Leistungsbezieher selbst wählt und bei der er/sie von der Stadt angemeldet wird. Die Krankenkasse stellt dem/der Leistungsberechtigten eine Krankenversicherungskarte aus, Ausnahmen sind in Einzelfällen jedoch möglich. Die entstandenen Kosten werden von den Krankenkassen direkt mit der Stadt abgerechnet.

Im Rahmen der Familienpflege können Betreuungskräfte von freien Trägern die Betreuung oder Versorgung kranker Kinder bis 12 Jahre oder die Betreuung/Versorgung von Kindern bei Erkrankung des Haushaltsführenden erbringen. Darüber hinaus werden Prävention und Begleitung z. B. durch Information, Beratung und Vermittlung von Hilfen zur Gesundheit geleistet.

Ziel-feld	Indikator	Ist 2013	Plan 2014	Ist zum 30.06.2014	V- Ist 2014 (Prognose)	Abweichung Plan/ V-Ist	Erläuterungen
L	Leistungsbeziehende mit Krankenversicherungskarte	2.039	2.153	2.030	2.030	-5,7%	Rückgang wie in den Vorjahren – Planwert zu hoch
L	> davon 65 J. und älter	80,0%	79,0%	80,0%	80,0%	1,3%	
R	Erlöse	11.044.525 €	9.486.188 €	6.304.178 €	9.500.000 €	0,1%	
R	Kosten	31.055.557 €	21.750.490 €	11.254.727 €	21.692.156 €	-0,3%	
R	> davon Transferleistungen	29.491.632 €	20.668.613 €	10.758.649 €	20.700.000 €	0,2%	
R	Durchschnittliche Transferleistungen je Leistungsbezieherin/Leistungsbezieher je Monat	14.473 €	9.830 €	9.800 €	9.831 €	0,0%	
R	Ergebnis (Erlöse minus Kosten)	-20.011.032 €	-12.264.302 €	-4.950.549 €	-12.192.156 €	-0,6%	

Vorhandene Beschlüsse:

Beschluss „Bedarfsgerechter Ausbau der SGB XII – Sachbearbeitung in den Sozialbürgerhäusern“ (SA am 05.07.2012)

Produkt 6.1.1	Wirtschaftliche Hilfen für Flüchtlinge	Weitere Zunahme der Fallzahlen	
----------------------	---	--------------------------------	---

Flüchtlinge erhalten Geld- und Sachleistungen zur Sicherung des laufenden Lebensunterhalts. Weiterhin wird die Sicherung der Gesundheitsfürsorge durch Hilfen bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt gewährleistet. Flüchtlinge erhalten Unterstützung beim Zugang zum Arbeitsmarkt und werden mit sonstigen Leistungen in besonderen Einzel- und Härtefällen versorgt. Die Transferleistungen des gesamten Produktes werden vollständig vom Freistaat Bayern finanziert (d.h. ohne Personalkosten und personalbezogene Sachkosten).

Ziel-feld	Indikator	Ist 2013	Plan 2014	Ist zum 30.06.2014	V- Ist 2014 (Prognose)	Abweichung Plan/ V-Ist	Erläuterungen
L	LeistungsbezieherInnen (Personen)	3.922	6.800	4.357	6.800	0,0%	weiterer Anstieg der Flüchtlingszahlen
Q	Bearbeitungszeit Neuantrag max. 7 Arbeitstage	100%	100%	100%	100%	0,0%	
R	Erlöse	15.371.949 €	25.354.242 €	11.591.683 €	23.183.366 €	-8,6%	
R	Kosten	30.499.490 €	21.347.683 €	12.627.363 €	25.354.726 €	18,8%	
R	Ergebnis (Erlöse minus Kosten)	-15.127.541 €	4.006.559 €	-1.035.680 €	-2.171.360 €	-154,2%	Fallzahlsteigerungen

vorhandene Beschlüsse:

Die Flüchtlingserstaufnahme in München langfristig endlich angemessen gestalten! VV am 19.09.2013

Anpassung der Personalausstattung an die gestiegene Zahl von Flüchtlingen im Sozialbürgerhaus Plinganserstr., der Zentralen Wohnungslosenhilfe und dem Fachbereich Hilfen nach dem AsylBLG der LHM (VV 14.08.2013)

Anpassung der Personalausstattung an die gestiegene Zahl von Flüchtlingen in der Zentralen Wohnungslosenhilfe und dem Fachbereich Hilfen nach Asylbewerberleistungsgesetz, SA vom 09.01.2014

Wohnungslosenhilfe und dem Fachbereich Hilfen

Alltag von jungen Flüchtlingen: Freizeitpädagogik und Sportvereine öffnen, geplant 02.12.2014

Die Flüchtlingserstaufnahme in München langfristig endlich angemessen gestalten! Geplant 19.09.2014


Produkt 6.2.1	Integrationshilfen nach Zuwanderung	Produkt im Plan
----------------------	--	-----------------

Mit den Projekten im Produkt Integrationshilfen nach Zuwanderung wird schwerpunktmäßig die nachholende Integration von Menschen mit Migrationshintergrund gefördert. Die Hilfen unterstützen zudem Flüchtlinge bei der Bewältigung der Fluchtfolgen und tragen damit zur Integration in einen fremden Kulturkreis und zur Förderung des Zusammenlebens in der Stadtgesellschaft bei. Die Integrationsförderung basiert auf den Grundlagen des Integrationskonzeptes und der Perspektive München. Zu den Leistungen zählen Clearing, Vermittlung von Hilfen und Casemanagement, Beratung und Unterstützung zur Verbesserung der Deutschkenntnisse sowie zur Erweiterung der beruflichen Perspektiven.

Ziel-feld	Indikator	Ist 2013	Plan 2014	Ist zum 30.06.2014	V- Ist 2014 (Prognose)	Abweichung Plan/ V-Ist	Erläuterungen
L	Beratungen im integrierten Beratungszentrum Sprache (IBZ)	942	900	475	950	5,6%	
L	Angebotene Plätze in den berufsbezogenen Sprachkursen/Integr.Kursen	280	280	150	280	0,0%	
L	Auslastung der Sprachkursangebote	100%	100%	100%	100%	0,0%	
Q	Vorzeitige Beendigung	30%	30%	15%	15%	-50,0%	Zuleitungen zu den städtischen Kursen erfolgt passgenauer über wenige Einrichtungen; daher Rückgang bei der vorzeitigen Beendigung.
Q	Reguläre Beendigung der Maßnahme	70%	70%	85%	85%	21,4%	
W	Vermittlung in Arbeit im Anschluss an die Sprachkurse	12%	12%	n.v.	12%	0,0%	
Z	Anspruchsberechtigte ermittelt durch Arbeitsgemeinschaft für Beschäftigung/ Jobcenter	3.040	3.000	1.700	3.000	0,0%	
R	Summe Erlöse	166.604 €	215.450 €	57.165 €	134.330 €	-37,7%	Verlagerung eines Projektes zum Produkt 6.2.3
R	Summe Kosten	6.895.491 €	7.627.382 €	2.691.966 €	7.053.217 €	-7,5%	
R	Ergebnis (Erlöse minus Kosten)	-6.728.887 €	-7.411.932 €	-2.634.801 €	-6.918.887 €	-6,7%	

vorhandene Beschlüsse:

Koordination Angebote Flüchtlinge Management VV 19.09.2013
Förderung freier Träger der Wohlfahrtspflege 2014 Anpassung der Budgets und Zuschüsse der sozialen Projekte VV 17.09.13
"Deutsch für Flüchtlinge" - Zuschuss an Deutsch für Flüchtlinge e.V. Haushaltsjahr 2013 und 2014. VV 14.11.13
Sicherstellung der Finanzierung der Kurse für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge aus Erstaufnahmeeinrichtungen - Projekt "ISUS" VV 14.11.2013.
Betreuung von jugendlichen Flüchtlingen Flübs VV 10.10.2013
Stand der Zusammenarbeit zwischen Sozialbürgerhäusern und Migrationsdiensten und Umsetzung des Projekts "WortSchatz", SA 05.06.2014
Prüfung der Bedarfe in der Migrationsberatung, SA 27.03.2014

Produkt 6.2.3	Betreuung von jungen und unbegleiteten heranwachsenden Flüchtlingen	Produkt im Plan, aber wegen Entwicklung der UmF-Zahlen unter Beobachtung	
----------------------	--	--	---

Zusätzlich zu den Betreuungsangeboten für alle Flüchtlinge und Migrantinnen/Migranten (siehe Produkte 60 6.2.1 und 60 6.2.2) werden Kindern, Jugendlichen und unbegleiteten jungen Erwachsenen in Wohnprojekten und in für das Amt für Wohnen und Migration angemieteten Wohnungen und umgewandelten Unterkunftsanlagen in Einzel- und Gruppenarbeit Betreuungsleistungen – insbesondere zur Förderung des Sozialisations- und Integrationsprozesses und zur Verselbständigung – angeboten.

Ziel-feld	Indikator	Ist 2013	Plan 2014	Ist zum 30.06.2014	V- Ist 2014 (Prognose)	Abweichung Plan/ V-Ist	Erläuterungen
L	Zahl der unbegleiteten minderjährigen und heranwachsenden Flüchtlinge in Zuständigkeit des Amtes für Wohnen und Migration	240	350	350	350	0,0%	
R	Erlöse	541.991 €	490.328 €	234.151 €	468.302 €	-4,5%	
R	Kosten	3.168.751 €	3.458.202 €	1.605.910 €	3.487.691 €	0,9%	
R	Ergebnis (Erlöse minus Kosten)	-2.626.760 €	-2.967.874 €	-1.371.759 €	-3.019.389 €	1,7%	

vorhandene Beschlüsse

Sicherstellung der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen durch Anpassung der personellen Kapazitäten (Beschluss geplant für das III. Quartal 2013)
Sicherung der Wohnformen und der pädagogischen Betreuung von heranwachsenden bzw. minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen in Wohnprojekten, Unterkunftsanlagen und angemieteten Wohnungen im Rahmen einer bedarfsgerechten Gesamtkonzeption (VV 25.01.2012)
Eigentumsübergang städtische Wohnungen u.a. Ausgleich des Verwalterkontos und Unterbringungsmanagement VV 10.10.2013
Sicherung der Unterbringung und der pädagogischen Betreuung von heranwachsenden bzw. minderjährigen unbegleitenden Flüchtlingen in verschiedenen Wohnformen, KJHA 05.07.2014
Sicherung der Asylsozialbetreuung in der Erstaufnahmeeinrichtung in München, VPA 27.08.2014

geplante Beschlüsse:

Zuschusserhöhung für Migrationsdienste im Bereich "Förderung freier Träger"des Amtes für Wohnen und Migration geplant 09.10.2014
--



Glossar / Legende

Altenquotient	Das Verhältnis der Anzahl älterer Menschen in einem Alter, in dem man im Allgemeinen wirtschaftlich inaktiv ist (ab 65 Jahren) zur Anzahl der Personen im erwerbsfähigem Alter (15 bis unter 65 Jahre)
Arbeitslosenquote (ALQ)	Die Arbeitslosenquote berechnet sich auf Basis aller zivilen Erwerbstätigen (= sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Selbständige und mithelfende Familienangehörige)
	$ALQ = \frac{\text{Arbeitslose}}{\text{alle zivilen Erwerbstätigen} + \text{Arbeitslose}} \times 100$
Grundsicherung (Grusi)	Grundsicherung erhalten Personen ab 65 Jahren (Grusi im Alter) oder dauerhaft voll Erwerbsgeminderte (Grusi bei Erwerbsminderung) mit zu geringem Einkommen
HZL	Hilfe zum Lebensunterhalt (HZL) steht denjenigen Menschen im erwerbsfähigen Alter zu, die z.B. wegen Erwerbsminderung, längerfristiger Krankheit oder weil sie in einer Einrichtung leben und betreut werden oder weil sie vorübergehend weniger als 3 Stunden täglich arbeiten können, aber nicht auf Dauer voll erwerbsgemindert sind.
Jugendquotient	Das Verhältnis der Anzahl jüngerer Menschen in einem Alter, in dem man im Allgemeinen noch nicht wirtschaftlich aktiv ist (bis unter 15 Jahren) zur Anzahl der Personen im erwerbsfähigem Alter (15 bis unter 65 Jahre)
L	Leistungsmenge
Q	Qualität
R	Ressourcen bzw. Finanzen
Transferkosten	Transferkosten beinhalten keine Zuschüsse
V-Ist	Voraussichtliches Ist (= lineare Hochrechnung oder Prognose)
VZÄ	Vollzeitäquivalent: fiktive Anzahl von Vollzeitbeschäftigten bei Umrechnung aller Teilzeitarbeitsverhältnisse in Vollzeitarbeitsverhältnisse
W	Wirkung / Ergebnis
Z	Zielgruppen oder Kund(inn)en
Z10	Ziel 2010



Achtung! Erhebliche Planabweichungen vorhanden; konkrete Maßnahmen sind notwendig



Vorsicht! Planabweichungen drohen oder sind in unerheblichen Umfang bereits vorhanden; Produkt steht unter Beobachtung



Entwicklung entspricht dem Plan oder ist besser; keine Maßnahmen zu veranlassen